
Liebe Leserinnen und Leser,

noch vor der sogenannten „Sommerpause“ gibt es vielfältige Aktivitäten im Umweltschutzbereich, die auch vom BBU unterstützt werden. Zu nennen sind z. B. die Demonstration am 14. Juni in Hannover gegen das AKW Grohnde, das Genehmigungsverfahren in Sachen Fracking in den Niederlanden und der Protest gegen die Elbvertiefung in Hamburg. Mehr zu diesen und weiteren Themen in diesem BBU-Newsletter.

Vorsommerliche Grüße aus der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle



Bundesweites Strategietreffen gegen Fracking, 1. + 2. Mai, Hamburg. Auch BBU-Vorstandsmitglieder und BBU-Mitgliedinitiativen haben teilgenommen. Foto Credit: Initiativen Gegen Gasbohren (CC-BY DE 3.0)

Bitte spendet für die Aktivitäten des BBU!

Vor uns liegen weiterhin viele Aufgaben und zur Finanzierung bitten wir um großzügige **Spenden**. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 19002666. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar. Informationen zum BBU-Spendenaufruf gegen Fracking unter <http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/BBU-Spendenaufruf%20Fracking.pdf>.

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

BBU in der Steuerungsgruppe des internationalen Projekts zur Sicherheit von Bergbauabfallanlagen vertreten

Ein Vertreter des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ist erstmals in ein internationales Projekt zur Anlagensicherheit berufen worden. Das BBU-Vorstandsmitglied Diplom-Physiker Oliver Kalusch vertritt den Umweltverband in der Steuerungsgruppe des Projekts „Tailing Management Facilities“, welches sich mit der Sicherheit

von Anlagen beschäftigt, die mit Bergbauabfällen umgehen. Die Arbeit beruht auf dem 2009 erschienenen Leitfaden "Safety Guidelines and Good Practices for Tailings Management Facilities", der von der UNECE (United Nations Economic Commission for Europe) herausgegeben wurde.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 13.05.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/13.05.14.pdf>

BBU-Experte vertritt das Europäische Umweltbüro beim Prozess der Europäischen Union zur Identifizierung der Besten Verfügbaren Techniken zum Umgang mit Bergbauabfällen

(UB) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bleibt weiter aktiv bei den Themen Bergbauabfällen und Fracking. Vom 19.5. bis 22.5.2014 fand in Sevilla das Auftakttreffen der Europäischen Union zur Überarbeitung des europäischen Referenzdokuments zur Festlegung der besten Verfügbaren Technik zum Umgang mit Bergbauabfällen statt. Der BBU-Experte und Diplom-Physiker Oliver Kalusch vertrat dabei das Europäische Umweltbüro (EEB), welches die bedeutendste Vereinigung von Umweltverbänden auf der europäischen Ebene ist.

Quelle: Pressemitteilung des BBU vom 19.05.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/19.05.14.html>

Artenschutz

Hecken sind in Gefahr!

Hecken, Wallhecken und Heckensträucher bzw. Bäume an Straßen und Wegrändern sind wertvolle Biotopverbundlinien und Landschaftsbestandteile. Obwohl sie für die Erhaltung der Arten wichtig sind und vielfach unter Schutz stehen, werden sie dennoch oft von den Bautrupps an den Straßen weit über das Gebot der "Verkehrssicherungspflicht" hinaus massakriert und unfachlich behandelt. Auch pflügen Landwirte immer näher an die schützenden Hecken und an den Asphalt heran. Feldraine gibt es kaum noch. Brachflächen sind nahezu verschwunden. Immer mehr Grünland wird "umgebrochen" und zu Ackerland gemacht: in der Regel für bodenvernichtende Maismonokulturen, für Massentierhaltung und letztlich für "Biogasanlagen"?...

Es gibt den Arbeitskreis Heckenschutz, der sich für den Erhalt des "Straßenbegleitgrüns" und für den Schutz der Hecken und Wallhecken in der Landschaft einsetzt. Dazu gehören auch Vorschläge für neue Hecken und Biotopverbundlinien und die Entwicklung von naturnahen Pflégetipps für Hecken.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.hecke.wg.vu/index>

Atomindustrie

28 Jahre nach Tschernobyl

(UB) Nach einer weiteren Panne im Atomkraftwerk Brokdorf kurz vor dem 28. Tschernobyljahrestag hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut die sofortige Stilllegung des AKW Brokdorf und auch aller anderen Atomkraftwerke und Atomfabriken gefordert. Anlässlich des Jahrestages des Beginns der Atomkatastrophe in Tschernobyl (26. April 1986) rief auch der BBU für den 26. April zur Teilnahme an einer Protest- und Kulturmeile am Atomkraftwerk Brokdorf unter dem Motto „AKW Brokdorf abschalten – Jetzt!“ auf.

Im Rahmen des Aktionstages hat auch das Hamburger BBU-Vorstandsmitglied Regina Ludewig im Namen des BBU am AKW Brokdorf eine Rede gehalten. Der BBU fordert den sofortigen Atomausstieg und hat sich bereits in den 70er Jahren gegen den Bau des AKW Borkdorf zur Wehr gesetzt.

Weitere Gedenk- und Protestveranstaltungen zum 28. Tschernobyljahrestag fanden auch an weiteren AKW-Standorten statt. Quelle: BBU-Pressemitteilung vom 25.04.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/25.04.14.html>

BBU warnte vor 3 LKW mit Nuklearfracht

(UB) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) warnte am 6. Mai erneut vor LKW mit radioaktiver Fracht, die den Hamburger Hafen über die A 7 Richtung Süden verlassen hatten.

Weitere Informationen über Atomtransporte u. a. unter <http://www.urantransport.de>, <http://www.bbu-online.de>.

Quelle: BBU-Pressemitteilung vom 06.05.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/06.05.14.pdf>



Jahrestagung Kerntechnik / BBU warnt vor nuklearen Katastrophen

Anlässlich der "45. Jahrestagung Kerntechnik" hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vor weiteren nuklearen Katastrophen gewarnt. Aus Sicht des BBU kann es jederzeit zu kleinen und großen Störfällen in den Atomkraftwerken und in den sonstigen Atomanlagen kommen. "Und täglich wird der Atommüllberg größer. Die Bundesregierung handelt unverantwortlich, da sie der Atommüllproduktion keinen Riegel vorschiebt", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Die 45. Jahrestagung Kerntechnik fand vom 5. bis 8. Mai in Frankfurt statt.

Quelle: BBU-Pressemitteilung vom 07.05.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/07.05.14.pdf>

Bundesregierung gefährdet Urananreicherung-Nichtverbreitung

Für die Bundesregierung ist ein Börsengang beim Verkauf des deutsch-britisch-niederländischen Urananreicherers Urenco „weiterhin eine mögliche Option“. Zugleich sei das Auswärtige Amt aufgrund der „nuklearen nichtverbreitungspolitischen Aspekte“ an den laufenden Verhandlungen „maßgeblich beteiligt“. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken hervor (Bundestags-Drucksache 18/1267). Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände fordern aufgrund der sicherheitspolitischen Brisanz der Urananreicherung ein Veto von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier gegen den Börsengang und Verkauf von Urenco. Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 12.05.2014 (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Robin Wood, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, BBU). Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/12.051.14.pdf>

Castor-Export und Atomforschung stoppen

Seit Juni 2013 lagern die 152 Castoren mit den 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln ohne Genehmigung in dem Jülicher Zwischenlager. Nun versuchen die Verursacher nach dem Scheitern der Transportpläne nach Ahaus nun den USA die Entsorgung aufzudrängen. Offenbar sucht das FZJ bereits einen Hafen zur Verschiffung. „Das wird ein großer und risikoreicher Aufwand. Denn die 152 Castoren müssen monatelang mit 6 Spezial-LKW zu einem Hafen gebracht, dort gesammelt und dann über den Atlantik verschifft werden,“ so Udo Buchholz. Dabei ist der Export von Atommüll laut Atomgesetz unzulässig, da es sich bei dem Atommüll um Hinterlassenschaften eines Versuchsreaktors mit Leistungsbetrieb handelt. Atommüllexport ist hingegen nur für reine Forschungsreaktoren ohne Stromproduktion erlaubt.“

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 13.05.2014, an der auch der BBU beteiligt war. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/13.05.14.pdf>

Neues Uranmüll-Zwischenlager in Gronau: Landesregierung muss noch Urenco-Antrag zustimmen

Vor der Eröffnung der neuen Uranmüll-Lagerhalle im westfälischen Gronau für 60 000 Tonnen Uranoxid muss die Landesregierung als atomrechtliche Aufsichtsbehörde noch einem Antrag der Urenco auf Inbetriebnahme zustimmen. Zuvor stehe „Mitte des Jahres“ noch eine „Bauzustandsbesichtigung zur abschließenden Fertigstellung des Uranoxid-Lagergebäudes“ an. Derzeit warten bereits rund 12 700 Tonnen radioaktives Uranoxid im südfranzösischen Pierrelatte auf den Abtransport nach Gronau. In Pierrelatte wird das zuvor abgereicherte Uranhexafluorid, was in den letzten Jahren von Gronau nach Frankreich gebracht wurde, in Uranoxid umgewandelt. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piraten im Landtag hervor (Landtags-Drucksache 16-5732). Anti-Atomkraft-Initiativen sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordern nun erneut von der Landesregierung, ihre Zustimmung zur Eröffnung des neuen Zwischenlagers zu verweigern.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 15.05.2014, an der auch der BBU beteiligt war. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/16.05.14.pdf>

Urantransport fährt von Hamburg quer durch das Bundesgebiet nach Frankreich

(UB) Am 15. Mai ist gegen 18.00 Uhr ist erneut ein Urantransport mit der Bahn in Hamburg Richtung Frankreich gestartet. Neben dem Uran hatte der Zug Holz geladen und direkt hinter den Containern mit dem Uran waren Tankwagons mit Gefahrstoffen angehängt. Norddeutsche Anti-Atomkraft-Initiativen, das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisieren die regelmäßigen Atomtransporte von Hamburg nach Frankreich und fordern grundlegend das Verbot aller Atomtransporte und die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

Quelle: Pressemitteilung des BBU vom 16.05.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/16.051.14.pdf>



AKW Emsland: RWE investiert 26 Millionen in Risikotechnologie

Das AKW Emsland in Lingen wird am heutigen Freitag (16.05.2014) für anstehende Revisionsarbeiten vom Netz genommen. Wie bei jeder Revision wird es auch dieses Mal zu einer erhöhten Belastung der Abluft gegenüber dem Normalbetrieb kommen. Es werden 44 der 193 Brennelemente ausgetauscht, dabei werden auch wieder höchst gefährliche und umstrittene plutoniumhaltige MOX-Elemente eingesetzt. Als Hauptinvestition gibt RWE an, wesentliche Komponenten der Dampfturbine zu erneuern um die Leistung des AKW zu steigern. Dass RWE in diesem Zusammenhang von „grünen Megawatt“ spricht, ist nach Ansicht der Anti-Atomkraft-Initiativen reine Augenwischerei!

Aus einer Pressemitteilung niederländischer und deutscher Organisationen (incl. BBU) vom 16.05.2014.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/16.0512.14.pdf>

Neuer Katastrophenschutzplan für AKW-Unfälle

Die NRW-Landesregierung will sich auf der Innenministerkonferenz am 12./13. Juni in Bonn für die von der Strahlenschutzkommission im März vorgeschlagene Ausweitung der Katastrophenschutzzonen rund um Atomkraftwerke aus-

sprechen. Dadurch müssten zahlreiche Kreise und Kommunen in NRW zusätzliche Katastrophenschutzmaßnahmen gegen die Auswirkungen schwerer Reaktorunfälle treffen. Dies geht aus einer jetzt veröffentlichten Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piratenfraktion hervor (Landtags-Drucksache 16-5953). In unmittelbarer Nachbarschaft von NRW liegen die Atomkraftwerke Lingen (Emsland), Grohnde (Weser) sowie der Reaktorcomplex Tihange (Belgien).

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und des BBU vom 04.06.2014. Mehr dazu unter

<http://www.stadtblatt-lingen.de/lebeninlingen-2/etwas-weiter-weg/11501-neuer-katastrophenschutzplan-fuer-akw-unfaelle>

Unterschriftenaktion und Demonstration gegen das AKW Grohnde am 14. Juni 2014

Das Atomkraftwerk Grohnde ist seit Jahrzehnten umstritten. Beim Bau in den 70er Jahren wurde Stahl verwendet, der schon damals nicht mehr zulässig war. Mit 231 Ereignissen weist Grohnde die meisten meldepflichtigen Ereignisse aller deutschen AKWs auf, ein Indikator für ein niedriges Sicherheitsniveau. Ende April wurde bei den jährlichen Wartungsarbeiten ein Generatorschaden festgestellt. Um die Stillstandszeit möglichst kurz zu halten, soll jetzt ein alter, gebrauchter Generator eingebaut werden. Kurze Zeit später tauchten immer mehr Schäden auf; so wurden kaputte Bauteile (sog. Drosselkörper) im Reaktorkern gefunden. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Stromkonzerne ihre Atomkraftwerke an den Staat abgeben wollen. Jetzt noch schnell Gewinne machen und die langfristigen Folgen tragen Andere? - Nicht mit uns!

Aus der Internetseite <http://www.grohnde-kampagne.de/home>. Dort kann online unterschrieben werden und man findet dort auch weitere Infos zur Demonstration am 14. Juni in Hannover. Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf.



Flagge zeigen – BI Termine zu Pfingsten

Auch am kommenden Pfingstwochenende wird die BI wieder an den Atomanlagen in Gorleben aktiv sein. Am Freitag um 15.00 Uhr referiert Jan Becker (contrAtom). Sein Thema: "Atomausstieg? Alles Lüge! Atommüll, Transporte, Laufzeiten & noch mehr". Im Anschluss ab 16.00 Uhr zeigt graswurzel.tv "Widerstandsfilm aus den vergangenen Jahren" mit Poeten Punk von den Beat Poeten. Am Samstag laden Martin Donat (BI) und Mathias Edler (Greenpeace) ein zur Diskussion und die Endlagerkommission und den angeblichen Neustart der Endlagersuche: "Kommission ODER öffentliche Debatte. Die neue Endlagersuche. Ist Gorleben damit erledigt?" Vor Ort wie auch an anderen KLP-Stationen laden Gorleben-Gegner dazu ein, "Flagge zu zeigen".

Wünsche, Hoffnungen, Kommentare zur Atompolitik und Gorleben können auf kleine Stoffwimpel geschrieben werden. Ziel ist es diese Wimpel auf eine sehr lange Schnur aufzureihen, die am Sonntag, den 29. Juni 2014 rund um das Bergwerk Gorleben gespannt werden soll. Der 29. Juni 2014 ist der Aktionstag zu den Feierlichkeiten anlässlich des 25 jährigen Jubiläums des Gorlebener Gebets. Informationen zum Aktionstag:

<http://www.gorlebener-gebet.de/vu/>

Aus: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=11950#more-11950>.

Energiewende

10. Mai: 12.000 bei der bundesweiten Demo in Berlin für die Energiewende

Mehr als 12.000 Teilnehmer demonstrierten am heutigen Samstag in Berlin zu Wasser und zu Lande gegen die Pläne der Bundesregierung, den Ausbau der erneuerbaren Energien auszubremsen. Mit rund 120 Booten, Kanus und Flößen auf der Spree sowie einer Demonstration entlang der Spreeufer forderten sie, die Energiewende nicht kentern zu lassen. Anschließend bewegte sich der Demonstrationzug durch das Berliner Regierungsviertel.

Quelle und weitere Informationen:

[http://energiewende-demo.de/start/news/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=48](http://energiewende-demo.de/start/news/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=48)

Fracking

3. bundesweites Strategietreffen der anti-Fracking-Initiativen

(UB) Am 1. und 2. Mai trafen sich rund 30 Initiativen gegen Fracking in Hamburg-Neu-Allermöhe. An die 60 Vertreter tauschten Erfahrungen aus und berieten zukünftige Strategien. Im Zentrum der Diskussion standen neben Fracking die transatlantischen Freihandelsabkommen CETA und TTIP, die Europawahl, die Strategie der Bundesregierung in Bezug auf Fracking und die aktuelle Situation in den Bundesländern. An dem Treffen haben auch Vorstandsmitglieder und Mitgliedsinitiativen des BBU teilgenommen.

Hier eine Pressemitteilung vom 02.05.2014 von „Gegen Gasbohren“ zum Verlauf des Treffens:

<http://www.gegen-gasbohren.de/2014/05/04/initiativen-gegen-fracking-lehnen-transatlantische-freihandelsabkommen-ab/>

BBU: Umweltministerkonferenz streut der Öffentlichkeit beim Fracking Sand in die Augen

Als durchsichtiges Manöver, um das Thema Fracking aus der politischen Debatte zu nehmen und die Bevölkerung zu beruhigen, bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die Erklärungen der Umweltmi-

nsterkonferenz vom letzten Freitag. Angesichts des kontinuierlichen Widerstands der Anti-Fracking-Bewegung soll für Fracking jetzt anscheinend mit einer massiven Täuschung der Öffentlichkeit Akzeptanz geschaffen werden. Während die Umweltminister die Gefährlichkeit von Fracking betonten und der Öffentlichkeit das Bild vermittelten, sie wollen Fracking verbieten, ging es ihnen jedoch nur um eine Regulierung des gefährlichen Gasbohrens. So wurden lediglich die gescheiterten Pläne des früheren Umweltministers Altmaier (CDU) sowie des damaligen Wirtschaftsministers Rösler (FDP) wieder aufgewärmt und die kontinuierlichen Versuche SPD-GRÜNER Landesregierungen integriert, mit denen Begriffe umdefiniert werden, um Fracking zu ermöglichen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Die geplante Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes wird die Wassergefährdung durch Fracking nicht verändern. Die wieder aus der Schublade geholten Pläne der letzten Bundesregierung würden dazu führen, dass über 80% der Landesfläche für Fracking freigegeben würden. Und die geplante Umweltverträglichkeitsprüfung für Frack-Vorhaben ist ein reines Placebo. Denn im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung kann nicht mehr verlangt werden, als bestehende Rechtsvorschriften sowieso schon vorschreiben. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung bedeutet lediglich, dass bestehende Unterlagen noch einmal in neuer Reihenfolge zusammengeheftet werden. So soll der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut werden.“

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 12.05.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/12.05.14.html>

BBU veröffentlicht kritische Stellungnahme zum Entwurf des zweiten Fracking-Gutachten des Umweltbundesamtes

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) hat die Stellungnahme von über 20 Anti-Fracking-Gruppierungen zum Entwurf des zweiten Fracking-Gutachtens des Umweltbundesamtes (UBA) veröffentlicht. Im Rahmen einer Verbändebeteiligung wurde dem Umweltverband Gelegenheit gegeben, zum Entwurf des Gutachtens Stellung zu nehmen. Die dem UBA vorliegende Stellungnahme umfasst über 50 Seiten, widmet sich intensiv den sieben Arbeitspaketen und Teilgutachten des UBA-Gutachtens und zeigt im Detail Fehler und Defizite auf. Der BBU geht davon aus, dass die Endfassung des Gutachtens kurz nach der Europawahl von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Angesichts des Umfangs gravierender Mängel in verschiedenen Teilgutachten sieht der BBU es jedoch als höchst unwahrscheinlich an, dass ein grundlegend überarbeitetes Gutachten erstellt wird. Dies wäre aus Sicht des BBU aber zwingend erforderlich.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 14.05.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/14.05.14.html>

BBU ruft zum Protest gegen Fracking in den Niederlanden auf

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) lehnt die jetzt bekannt gewordenen Fracking-Vorbereitungen in den Niederlanden ab. Der Umweltverband mit Sitz in Bonn, in dem auch viele bundesdeutsche Bürgerinitiativen gegen Fracking organisiert sind, wird grenzüberschreitend den Widerstand gegen Fracking in den Niederlanden unterstützen. "Der BBU wird einen eigenen Sammeleinspruch erstellen und dafür bundesweit Unterschriften sammeln. Zudem werden wir auch bestmöglich Protestaktionen in den Niederlanden unterstützen", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Buchholz wohnt selber im westfälischen Gronau an der Grenze zu den Niederlanden und steht schon lange im Kontakt zu niederländischen Umweltorganisationen.

Am Mittwoch (28. Mai 2014) wurde bekannt, dass die niederländische Regierung ein "Vorhaben zur Erstellung einer Strukturvision Schiefergas und Öffentlichkeitsbeteiligung zum Inhalt der Strategischen Umweltprüfung" durchführt. Dies ging aus einer amtlichen Bekanntmachung "Strukturvision Schiefergas" hervor. Buchholz mutmaßt, "dass diese Bekanntmachung bewusst erst nach der Europawahl veröffentlicht wurde. Vor der Wahl hätte die Bekanntmachung sicherlich das Wahlverhalten vieler Bürgerinnen und Bürger beeinflusst."

Der BBU ruft dazu auf, vom Einspruchsrecht Gebrauch zu machen. Privatpersonen, Umweltinitiativen und sonstige Organisationen, die sich gemeinsam mit dem BBU gegen Fracking zur Wehr setzen möchten, können sich beim BBU zwecks Informationsaustausch und Vernetzung melden. Kontakt (BBU-Geschäftsstelle): Tel. 0228-214032, bbu-bonn@t-online.de; Kontakt (BBU im Grenzgebiet / Udo Buchholz): Tel. 02562-23125, udo.buchholz@bbu-bonn.de.

Weitere Informationen zum Thema Fracking in den Niederlanden findet man u. a. unter <https://milieudefensie.nl> und <https://www.schaliegasvrij.nl>. Informationen des BBU zum Thema Fracking unter <http://www.bbu-online.de>, Direktlink: <http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Arbeitsbereiche%20Fracking.html>.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 30.05.2014. Vollständiger Text incl. Hinweise zu den Einspruchsfristen unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/30.05.14.pdf>

Exxon Mobil-Gasfördersonde Söhlingen Z 14, Gemeinde Neuenkirchen, Heidekreis/Niedersachsen

Bürgerinitiativen fordern den Gas- und Ölförderkonzern ExxonMobil ultimativ auf: Stoppen Sie die Arbeiten auf ihrer Erdgasfördersonde Söhlingen Z 14. Wir befürchten, dass bei der Bohrlochreinigung (Coiled Tubing Clean Out) Giftstoffe wie z. B. Quecksilber austreten und somit Wasser und Boden verschmutzen!

Ende März/Anfang April diesen Jahres waren bei Bohrlochreinigungen im Söhlinger Erdgasfeld (Landkreis Rotenburg und Heidekreis) gesundheitsgefährdende Stoffe bei einer Bohrlochreinigung (Fachbegriff: coiled tubing clean out) ausgetreten. Von betroffenen Bürgern, welche außerhalb des ExxonMobil-Betriebsplatzes standen, wurde Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft Verden ermittelt in dieser Sache.

Quelle und weitere Informationen:

<http://www.gegen-gasbohren.de/2014/06/01/erneuter-aufruf-keine-illegalen-arbeiten-mehr-bei-der-gasfoerderung>

Bürgerinitiative Erdöl Barth sieht große Gefahren bei der Testförderung durch die Firma Central European Petroleum GmbH. Am Tag des Fracking wird es weiteren öffentlichen Protest geben.

In Saal (M-V) steht die Anwendung der umstrittenen Fracking-Technologie zur Testförderung von Erdöl unmittelbar bevor. Die Bürgerinitiative Erdöl Barth ruft zum Protest auf! Wir bilden eine Menschenkette und umstellen den Bohrplatz! Wenn Sie rechtzeitig informiert werden wollen, um dabei zu sein, dann wenden Sie sich an uns unter BIerdoelBarth@gmail.com.

Die Beobachtungen der Tätigkeiten am Bohrplatz in Saal weisen aufgrund der Verzögerungen in der Umsetzung des Betriebsplans auf eine Terminierung der Fracking-Maßnahme in die zweite oder dritte Juniwoche 2014 hin. Wir verweisen auf weiterführende Informationen auf der Webplattform <http://www.gegengasbohren.de> oder auf Nachfragen per Email an BIerdoelBarth@gmail.com.. Aus einer E-Mail der BI Barth vom 05.06.2014

Gewässerschutz

Meeresschutz auch für Landratten wichtig!

Erneut hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) konsequenten Meeresschutz eingefordert. „Meeresschutz ist nicht nur für die Küstenbevölkerung wichtig. Er muss auch von uns Landratten eingefordert und betrieben werden“, betont das westfälische BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Vor wenigen Tagen hat in Bremen der „Tag der Meere“ von EU-Kommission, Bundesverkehrsministerium und bremischem Wirtschaftssenator stattgefunden. Aus ganz Europa kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, um sich mit dem Thema: „Blue Growth“ (Blaues -Wirtschafts-Wachstum) zu befassen.

Schon im Vorfeld wurde deutlich: Es geht um die Schaffung von Wachstum in allen maritimen Wirtschaftsbereichen, von Fischerei, Biotechnologie bis hin zur wirtschaftlichen Erschließung der Tiefsee. Doch aus Sicht des BBU muss es darum gehen, die Meere auch als „Erbe der Menschheit“ (UN-Konvention) in einem ökologisch stabilen Zustand zu erhalten. Um die Notwendigkeiten umfassenden Meeresschutzes zu unterstreichen hatte ein breites Bündnis aus umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen vom 15. bis 17. Mai nach Bremen zu einer Vorkonferenz unter dem Motto „Ein anderes Meer ist möglich“ eingeladen. Am Ende dieser Vorkonferenz wurde ein Positionspapier zur Meerespolitik verabschiedet, das die notwendigen Grenzen des Blauen Wachstums zum Thema macht.

Auch der BBU hatte zur Teilnahme an der Vorkonferenz eingeladen und war an der Erarbeitung und Verabschiedung des Positionspapiers beteiligt. Auch nach den jetzigen Aktivitäten in Bremen wird der BBU weiterhin das Thema Meeresschutz bearbeiten. Auskünfte seitens des BBU erteilt Peter Willers, Tel 0421 242688, e-mail: peterw@volanet.de. Weitere Umweltgruppen und Privatpersonen, und gerade auch „Landratten“, die sich für den Meeresschutz interessieren, sind herzlich zum Engagement eingeladen.

BBU-Pressemitteilung vom 27.05.2014. Den Text des Positionspapiers der Umweltverbände findet man unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/27.05.14.pdf>

Online-Petition gegen die Elbvertiefung

(UB) Die Hamburger Bürgerinitiative "Hamburg für die Elbe" sammelt auf ihrer Webseite weiterhin Unterschriften gegen die Elbvertiefung. Mehr dazu und weitere Informationen zum Schutz der Elbe unter <http://www.hamburg-fuer-die-elbe.de>.

Ölfunde bei Gronau – Fachmann referiert am 11. Juni

(UB) Wie schon im letzten Newsletter berichtet, wird bei Gronau (Westfalen) seit Jahren Salz gewonnen. In den leeren Kavernen wird Öl und Gas gespeichert. Alles sollte dicht sein... Dennoch kam Öl an die Erdoberfläche. Am 11. Juni wird mit dem Geologen Dr. Krupp ein unabhängiger Fachmann im Gronauer Umweltausschuss zu dem Vorfall Stellung nehmen. Die Sitzung findet im Gronauer Rathaus ab 18 Uhr statt und ist öffentlich (Konrad-Adenauer-Straße 1). Kontakt und weitere Infos: BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz (Gronau), 02562-23125.

Landwirtschaftspolitik

„March Against Monsanto“: Toller Monsanto-Aktionstag in Düsseldorf: Rund 1.000 Teilnehmer/innen, gute Stimmung und Sonnenschein.

(UB) Ende Mai wurde international gegen den Monsanto-Konzern demonstriert, u. a. auch am 24. Mai in Düsseldorf. Einen Redebeitrag von Philipp Mimkes (CBG, eine Mitgliedsorganisation des BBU) sowie weitere Informationen findet man unter <http://www.cbgnetwork.org/5659.html>.

Spargel ja – aber nicht in Monokulturen unter Plastik

(UB) Frischer Spargel ist lecker und sieht auf dem Teller sauber aus. Doch wer weiß schon genau, wie Spargel angebaut wird? Mehr zur Problematik der Folienfelder unter <http://spargel-in-aller-munde.blogspot.de>.

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 04 / 2014, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 15.06.2014. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.